

Die Leipziger „Mitte“-Studie 2016 – Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Eine Stellungnahme

Oliver Decker und Elmar Brähler

Vorgehen und zentrale Ergebnisse der Leipziger „Mitte“-Studie 2016

Seit 2002 werden in unserem Auftrag bevölkerungsrepräsentative Erhebungen im gesamten Bundesgebiet durchgeführt.ⁱ Kernstück jeder Befragung ist der Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung. Er bildet die rechtsextreme Einstellung in sechs Dimensionen ab (Chauvinismus, Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und NS-Verharmlosung).

In jeder Erhebungswelle werden weitere Fragebögen zur politischen Einstellung erhoben, so etwa die Akzeptanz der Demokratie, und soziodemographische Merkmale, neben Geschlecht und Alter z.B. Haushaltseinkommen und Bildungsgrad. Hinzu treten regelmäßig eingesetzte Fragebögen. Mit ihnen kann untersucht werden, was Einfluss auf die politische Einstellung hat, aber auch Indikatoren für das Funktionieren einer Demokratie liefern. Zu nennen sind etwa neben politische und soziale Deprivation, auch Autoritarismus.

In Abhängigkeit zur aktuellen gesellschaftspolitischen Lage werden darüber hinaus weitere Fragebögen aufgenommen. Mit ihnen werden gezielt Hypothesen zur politischen Lage geprüft oder Erkenntnisse über gesellschaftliche Prozesse gewonnen.

Eine zentrale Aussage unserer Erhebungen ist seit Anfang an, dass die rechtsextreme Einstellung in allen Bevölkerungsschichten anzutreffen ist. Insbesondere die Ausländerfeindlichkeit erreichte Ost wie West immer sehr hohe Zustimmung. Diese Zustimmungswerte fanden allerdings keinen Niederschlag in den politischen Handlungen der Befragten. So gelang es beispielsweise rechtsextremen Parteien nicht, diese Wählerschichten für sich zu mobilisieren. Sowohl ausländerfeindlich eingestellte, wie auch manifest Rechtsextreme blieben über die Jahre seit 2002 weiterhin den großen demokratischen Parteien SPD und CDU verbunden. Weil die antidemokratische Einstellung Anfang 2014 nach dem rapiden Anstieg der Ausländerfeindlichkeit während der vorausgegangenen Finanz- und Wirtschaftskrise wieder abnahm, wählten wir in diesem Jahr den Titel „[Die stabilisierte Mitte](#)“.

In den sog. Pegida-Bewegungen, aber auch in Attentaten gegen Migrant/innen und Geflüchtete zeichnete sich dann seit Ende 2014 eine Eskalation von rechtsextremer Gewalt ab. Autoritäre Bewegungen erhielten verstärkt Zulauf. Durch die Ereignisse kam die Frage auf, ob sich der Anteil der rechtsextrem Eingestellten und insbesondere der Ausländerfeindlichkeit nach einem anhalten-

den Rückgang wieder erhöhte. Konkurrierend war die These, dass sich nicht mehr Rechtsextreme finden lassen, diese sich dafür aber deutlicher artikulieren und nicht mehr nur antidemokratisch denken, sondern nun auch für ihre Einstellung mit antidemokratischen Mitteln kämpfen. So setzten wir 2016 neben den Kernelementen auch Fragebögen ein, mit denen wir auf die Entwicklung seit unserer letzten Erhebung 2014 reagieren konnten. Da die Fragebögen zur Gewaltbereitschaft und zum Vertrauen in Verfassungsinstitutionen bereits 2006 eingesetzt worden sind, konnten wir einen Zehnjahresvergleich der politischen Milieus durchführen.

Die Ergebnisse unserer Untersuchung sind eindeutig:

- Es ist 2016 keine Zunahme rechtsextremer Einstellung festzustellen.
- Es gibt allerdings eine Zunahme der autoritären Aggressionen gegen Muslime, Sinti und Roma und Asylsuchende.
- Die Situation ist durch eine zunehmende Radikalisierung (Gewaltbereitschaft) und eine zunehmende Polarisierung gekennzeichnet.
- Rechtsextreme haben in der AfD eine Heimat gefunden.
- Es findet sich eine starke Ausprägung rechtsextremer Einstellung unter den Pegida-Anhängern.
- In Ostdeutschland ist der Anteil rechtsextrem Eingestellter bei jungen Erwachsenen hoch.

Der Anteil an Menschen, bei denen sich rechtsextreme Ideologie in der Einstellung wiederfindet, ist seit 2014 nicht gewachsen. Seit 2006 ist er sogar gesunken. Gleichzeitig aber findet in den autoritär-rechtsextremen Milieus eine Radikalisierung statt. Das ist Grund für den Titel der Studie „Die enthemmte Mitte“. Jeder, der unsere Studie nicht nur aus der Berichterstattung kennt, kann das wissen. Nachzulesen sind diese Ergebnisse [hier](#).

Zur Kritik an der Leipziger „Mitte“-Studie

Auf die Präsentation der Ergebnisse folgte ein großes Echo. Wir freuen uns zusammen mit den kooperierenden Stiftungen (Otto-Brenner-Stiftung, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung) eine politische Debatte über die andauernde Präsenz rechtsextremer Einstellung ausgelöst zu haben und damit die Auseinandersetzung über den Umgang mit den zunehmend gewaltvollen Aktionsformen der Neuen Rechte zu befördern.

Unter den Reaktionen gab es auch eine Reihe kritischer Rückmeldungen. Oft wurden sie vorgebracht, um die „Mitte“-Studie 2016 insgesamt zu disqualifizieren. Gerade deshalb wollen wir an dieser Stelle auf ausgewählte Punkte eingehen.

Am prominentesten war der Vorwurf, die Aussagen des Fragebogens seien unzureichend formuliert, würden nicht eine rechtsextreme Einstellung abbilden oder seien suggestiv. Die Befragten seien gezwungen, auf „pauschalisierende, generalisierende Fragen“ zu antworten und hätten keine Möglichkeit der Differenzierung. Es wird dabei ein Muster der Kritik sichtbar: Es werden einzelne Aussagen des Fragebogens herausgegriffen, um dann hinsichtlich verschiedener Bedeutungsnuan-

cen zerlegt zu werden. Schlussendlich kommen die solcherart vorgebrachten Vorwürfe zu einem klaren Ergebnis: Das sei doch gar keine rechtsextreme Aussage. Etwa wenn festgestellt wird, dass die Aussage "Es gibt wertvolles und unwertes Leben" nicht rechtsextrem sei, denn der Proband könne im letzten Falle an eine Mücke denken.

Hierzu ist festzustellen: Der Fragebogen ist das Ergebnis einer Konferenz führender Politikwissenschaftler, die sich auf die Konstruktion eines Fragebogens verständigten. Hierfür wurden Aussagen herangezogen, die bereits in anderen Untersuchungen seit Jahren eingesetzt wurden und auch immer noch werden. Die Items sind zum Teil in der „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS), aber auch in nationalen und internationalen Vergleichsuntersuchungen ähnlich oder im Wortlaut verwendet worden. „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben“ ist identisch mit der im ALLBUS verwendeten Aussage. Dasselbe gilt auch für andere Items: „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ oder „Ohne die Judenvernichtung würde man Hitler heute als einen großen Staatsmann ansehen“.

Weiterhin übersieht die Kritik, dass Statements nicht ohne statistische Überprüfung in einen Fragebogen eingehen. Bei der Entwicklung eines Fragebogens wird eine Reihe von Voruntersuchungen durchgeführt. Es gibt in den Sozialwissenschaften Indikatoren für die Güte eines Fragebogens. Hierzu gehört ein Maß für die interne Konsistenz eines Fragebogens. Es soll sicherstellen, dass alle Aussagen, von denen der Forscher behauptet, sie würden ein Konstrukt (z.B. Rechtsextremismus) messen, auch wirklich einheitlich beantwortet werden. Mit einem Cronbachs Alpha von .94 weist unser Fragebogen eine sehr hohe Güte auf. Die Aussagen rechtsextremen Inhalts werden von den jeweiligen Probanden jeweils in der Tendenz gleichermaßen hoch oder niedrig beantwortet. Wer der Aussage „Die Juden haben etwas Eigentümliches an sich und passen nicht so Recht zu uns“ zustimmend beantwortet, stimmt in der Tendenz auch der Aussage „Es gibt unwertes und wertvolles Leben“ zu. Das bedeutet, dass wir mit jeder Aussage ein Konstrukt, in unserem Falle eben die rechtsextreme Einstellung, messen. Die Aussagen werden von den Probanden besser verstanden, als die Kritiker glauben machen wollen.

Zudem wird keine Aussage „suggeriert“. Die Probanden können die Gültigkeit der Aussage „Wir sollten einen Führer haben der Deutschland zum Wohle aller mit harter Hand reagiert“ auch ablehnen. Eine differenzierte Antwort ist auf einer Skala von „Lehne diese Aussage voll und ganz ab“ bis „Stimme ihr voll und ganz zu“ möglich.

Dass mit den Aussagen tatsächlich pauschalisierende Statements den Probanden vorgelegt werden, liegt im Wesen des Vorurteils: Pauschalisierung und Generalisierung sind schlechterdings das Kennzeichen von Vorurteilen. Wird eine Aussage abgelehnt, wird ein pauschalierendes Vorurteil abgelehnt. Wird der generalisierenden Aussage zugestimmt, wird einem Vorurteil zugestimmt. Trotzdem wählen wir bei der Bestimmung des rechtsextremen Einstellungspotentials eine konservative Berechnungsgrundlage. Wir sprechen nur dann von einer entsprechenden ausländerfeindlichen, antisemitischen oder rechtsextremen Einstellung, wenn allen Aussagen der Dimension oder des gesamten Fragebogens durchschnittlich zugestimmt wird.

Die teststatistische Überprüfung unseres Fragebogens zur rechtsextremen Einstellung ist [hier](#) abrufbar.

Auch die Aussagen anderer Fragebögen werden hinsichtlich ihrer Berechtigung kritisiert, rechtsextreme oder autoritäre Einstellung zu messen.

Das sind zum einen die Aussagen zur Islamophobie, zur Abwertung von Sinti und Roma, sowie zur Abwertung von Asylsuchenden. Auch diese Aussagen sind Bestandteil langjähriger Reihenuntersuchungen, der Studienreihe „[Deutsche Zustände](#)“. Diese wurde zwischen 2000 und 2010 unter Leitung des Bielefelder Sozialwissenschaftlers Wilhelm Heitmeyer durchgeführt und die Zugehörigkeit der Aussagen zu einem Vorurteilssyndrom ist wissenschaftlich belegt. Fragebögen zur Untersuchung der Islamophobie und des sekundären Antisemitismus wurden von uns bereits 2012 und 2014 eingesetzt. Sie kommen immer dann zum Einsatz, wenn sich unser Untersuchungsdesign auf diese spezifische Fragen richtet.

Zum anderen werden auch Aussagen des [Fragebogen zur Autoritären Orientierung](#) bemängelt. Sie seien nicht einer rechtsextremen Einstellung zuzuordnen und daher „wertlos“. Hierzu ist festzustellen, dass das Konzept des Autoritären Charakters der Klassiker der Vorurteilsforschung ist. Es wurde Anfang der 1930er Jahre entwickelt, um die Vorurteilsgebundenheit von Menschen zu messen, die unabhängig von der politischen Links- oder Rechtsorientierung besteht. Daher geht der Vorwurf, hier würde keine rechtsextreme Einstellung gemessen, ins Leere. Dieser Umstand ist uns wohlbekannt. Die Absicht war und ist, die autoritäre Orientierung in der Bevölkerung zu messen, unabhängig davon, ob die Befragten sich selbst eher dem linken oder eher dem rechten politischen Spektrum zurechnen.

Der Vorwurf, einzelne oder alle Aussagen unserer Untersuchung ließen keinen Rückschluss auf die Einstellung der Befragten zu, ist also vollständig unzutreffend. Ebenso trifft unsere Formulierung von der „enthemmten Mitte“ zu. Es besteht seit Jahren ein antidemokratisches Potential, das 2016 nicht nur offen geäußert, sondern dem in bestimmten politischen Milieus auch gewaltbereit Geltung verschafft werden soll.

ⁱ Von 2006 bis 2012 bestand eine Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung.